



Amtsgericht Viersen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 19.08.2026, 09:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 023, Dülkener Str. 5, 41747 Viersen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Viersen, Blatt 628,

BV lfd. Nr. 5

Gemarkung Viersen, Flur 112, Flurstück 79,

Gebäude- und Freifläche, Rotdornweg 26, Größe: 637 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine überwiegend unterkellerte, zweigeschossige Doppelhaushälfte in konventioneller Massivbauweise mit Anbau und Garage in Viersen. Ursprungserrichtung ca. 1964, Umbau und Erweiterung ca. 1989. Eine Innenbesichtigung konnte nicht erfolgen. Im Gutachten wurde daher wegen fehlender Kenntnis zu möglichen Instandsetzungsdefiziten ein Abschlag vorgenommen. Aus einer früheren Ortsbesichtigung ist bekannt, dass es Um-/Ausbauten gibt, für die auch jetzt keine Genehmigungen festgestellt werden konnten. Die Wohnfläche wurde im Gutachten mit ca. 174,53 m² angenommen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.10.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

350.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.